



EUROPA BIST DU. MISCH DICH EIN!

Wahlprogramm Europawahl 2014





Europawahlprogramm der FREIEN WÄHLER zur Wahl des Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014

Wahlaufruf

Deutschland braucht eine starke, unabhängige und sachbezogene Kraft der Mitte in Europa. Wir wollen die EU mit unseren Erfahrungen aus den Kommunalparlamenten bürgernäher, verständlicher und demokratischer machen.

Nutzen Sie Ihre Stimme, um für ein Europa der Bürger und Regionen zu kämpfen. Setzen Sie ein Zeichen gegen Extremismus und Populismus in Deutschland und Europa.

Geben Sie bei der Europawahl am 25. Mai Ihre Stimme den FREIEN WÄHLERN!

Hinweis

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der Regel auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Bezeichnungen verzichtet. In diesen Fällen beziehen sich alle personenbezogenen Bezeichnungen selbstverständlich auf beide Geschlechter.

Besuchen Sie uns jetzt auf Facebook, Twitter oder unserer Website unter

www.freiewaehler.eu

Inhalt

FREIE WÄHLER für ein Europa der Bürger und Regionen	4
Heimat statt Zentralismus	6
Europa verständlicher machen	9
Für ein Europa der Bürger und nicht der Lobbyisten	11
Brüssel abspecken – weniger ist mehr!	12
Deutsche Sprache in Europa stärken	14
Volksentscheide zu Europa-Fragen einführen!	14
Europaparlament und Ausschuss der Regionen stärken	15
Bürgerinteressen bei internationalen Abkommen vertreten	18
Wir lassen uns nicht verkaufen: Kein transatlantisches Freihandelsabkommen über die Köpfe der Bürger hinweg	20
Verbraucherfreundliche Landwirtschaft statt Agro-Genindustrie	22
EU-Agrarpolitik mit starken Regionen	28
Für Haushaltsdisziplin und Beitragsgerechtigkeit in Europa	29
Stabile Währung statt Schuldenunion	30
Klare Regeln bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten und Banken	33
Sparkassen und Genossenschaftsbanken schützen	33
Trinkwasser ist kein Spekulationsobjekt: Kommunale Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge sichern	34

Mitsprache der Landkreise, Städte und Gemeinden in Europa stärken	35
Europäische Förderpolitik im Sinne der Regionen und Kommunen gestalten	36
Internationale Zusammenarbeit der Regionen und Kommunen fördern	37
Einheimischenmodelle erhalten	37
Menschenrechte in Europa und der Welt durchsetzen	38
Migrationsprobleme in der EU sachorientiert in Angriff nehmen	40
Für „grenzenlose“ Sicherheit in Europa sorgen	42
Höchstes Datenschutzniveau in Europa schaffen	43
Freie Fahrt für alle Bürger Europas	44
Soziale Marktwirtschaft im Europäischen Binnenmarkt durchsetzen	46
Mittelstand in Europa stärken	47
Hände weg von unserem Meister!	48
Für qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland	49
Perspektiven für die Jugend in Europa schaffen	49
Europäische Energiewende statt Atomausbau und -förderung	50
Für Klima- und Umweltschutz mit Wertschöpfung vor Ort	52
Erweiterungspolitik in Europa mit Augenmaß	54
Für mehr Verantwortung Europas in der Welt	55

FREIE WÄHLER für ein Europa der Bürger und Regionen

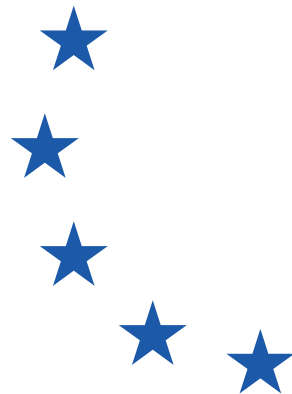
Viele Entscheidungen aus Brüssel wirken sich unmittelbar auf das Leben in unserer Heimat aus. Die EU stellt dabei zentralistisch viele politische Weichen, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden und nachvollziehen können, wie und weshalb Entscheidungen zustande kommen. Die bislang in Europa vertretenen Parteien und Abgeordneten haben diese Fehlentwicklungen mit zu verantworten.

Europa darf nicht länger ein entferntes und wenig greifbares Projekt der Eliten und Lobbyisten sein. Die Bürgerinnen und Bürger wollen kein Europa befremdlicher Bürokratie und des Zentralismus, in dem wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Die EU muss stattdessen end-

lich von den Bürgern und Regionen getragen werden. Wir FREIEN WÄHLER verstehen uns als Vertreter dieser europäischen Basis und wollen uns in diesem Sinne im Europaparlament stark machen.

Unser Ziel ist dabei ein Europa, das die Interessen der Bürger und Regionen nicht nur berücksichtigt, sondern ernst nimmt und tatsächlich als Grundlage für politische Entscheidungen heranzieht. Durch eine Politik des gesunden Menschenverstands, durch mehr gelebte Demokratie und Transparenz wollen wir wieder einen gesellschaftlichen Konsens über Europa herstellen sowie verlorengegangenes Vertrauen in die EU zurückgewinnen. Die Bürger müssen bei wichtigen europapolitischen Fragen mitentscheiden können.

Wir FREIEN WÄHLER sehen das Europaparlament auch als eine vom Volk direkt gewählte verfassungsgebende Versammlung. Es muss sich zum Impulsgeber künftiger Vertragsreformen entwickeln, damit Europa demokratischer, transparenter, verständlicher, effizienter, sozialer, ökologischer und handlungsfähiger wird. Wir wollen uns zur Verwirklichung dieser Ziele intensiv im Ausschuss für konstitutionelle Fragen einbringen, um EU-weit für ein demokratischeres und transparenteres Europa der Bürger und Regionen zu werben und dieses mitzugestalten.



Heimat statt Zentralismus

Die Bundesrepublik Deutschland liegt im Herzen der Europäischen Union. Wir FREIEN WÄHLER bekennen uns ausdrücklich zu diesem Friedenswerk, das uns Freiheit, Wohlstand, Mobilität und Raum zu Selbstverwirklichung bietet. Die Globalisierung und globale Aufgabenstellungen der Politik erfordern Lösungen, die wir heute nicht mehr ausschließlich national bewältigen können.

Damit wir zentrale Zukunftsfragen wie die Klima- und Handelspolitik meistern können, brauchen wir einen starken europäischen Ordnungsrahmen. Dieser muss auf starken und sich weitgehend selbstverwaltenden Regionen und Kommunen basieren. Denn nur durch eine ausgewogene Aufgabenverteilung zwischen Kommune, Region, Nation

und Europa können der Mehrwert und die Akzeptanz für Europa erhöht werden.

Daher fordern wir eindeutige Kompetenzzuweisungen und -grenzen in Europa. Wir stehen für einen Gesinnungswandel der EU weg von einer zunehmend befremdlichen Allzuständigkeit hin zur Beschränkung auf die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit. Unsere Arbeit im Europaparlament wird deshalb darauf abzielen, dass wir keine Richtlinien und Verordnungen unterstützen, die den Handlungsspielraum der Regionen und Kommunen weiter einschränken. Wir werden vielmehr eine Politik verfolgen, durch die die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einen spürbaren Mehrwert erkennen. Wichtige Entscheidungen für das Leben bei den Men-

schen vor Ort müssen auch vor Ort entschieden werden. Wir FREIEN WÄHLER fordern bei allen Entscheidungen über Richtlinien und Verordnungen die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Wir werden uns als Anwalt der Regionen dafür einsetzen, dass Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip, die von nationalen, regionalen und lokalen Ebenen festgestellt wurden, künftig im Entscheidungsprozess des Europaparlaments umfassend berücksichtigt werden. Damit den Stimmen der Regionen und Kommunen im Europaparlament angemessen Geltung verschafft wird, werden wir diese Subsidiaritätsbedenken des Ausschusses der Regionen sowie der nationalen und regionalen Parlamente konsequent in das Europaparlament tragen.

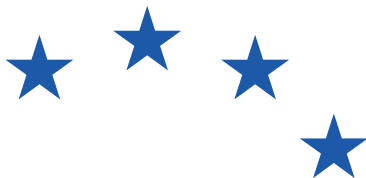
Wir FREIEN WÄHLER wollen die Bedeutung des Ausschusses der Regionen sowie der nationalen und regionalen Parlamente gegenüber den EU-Institutionen weiter stärken.

Die sogenannte „Binnenmarktrelevanz“, mit der die EU-Kommission versucht, sich über das Wettbewerbsrecht neue Zuständigkeiten zu verschaffen, darf nicht länger Grundlage für EU-Gesetze gegen den Willen der Bürger sein. Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass die im Vertrag von Lissabon festgeschriebene regionale und lokale Selbstverwaltung bei Gesetzesvorhaben der EU-Kommission eine deutlich größere Berücksichtigung findet.

Ferner setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung im EU-Ministerrat nur so ab-

stimmen darf, wie der Bundestag es ihr vorher vorgegeben hat. Dadurch versprechen wir uns mehr parlamentarische und öffentliche Kontrolle in der Europapolitik. Der Bundestag soll in wichtigen Fragen, wie der Liberalisierung der Trinkwasserversorgung oder der Zulassung von gentechnisch verändertem Saatgut, die Bundesregierung verpflichten können, im Brüsseler Ministerrat nicht gegen die Überzeugung des Bundestags und gegen dessen Beschlüsse abzustimmen.

Wir FREIEN WÄHLER sind Interessenvertreter der Kommunen und setzen uns deshalb für ihre wirksame und effiziente Beteiligung bei allen kommunalrelevanten EU-Vorhaben ein. Um überbordenden bürokratischen Aufwand und hohe Kosten für die Kommunen zu vermeiden, muss im europäischen Gesetzgebungsprozess strikt auf eine „Kommunalverträglichkeit“ geachtet werden.



Europa verständlicher machen

Das Mangelnde Vertrauen in die europäischen Institutionen liegt auch in den verklausulierten und unklaren EU-Gesetzestexten begründet. Hierdurch entstehen Rechtsunsicherheiten, die oftmals den Einbezug von Fachanwälten zwingend erforderlich machen und dazu beitragen, dass die Bürger Europa immer weniger verstehen und akzeptieren.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns aus Gründen der Transparenz und Rechtssicherheit für ein einfaches und leicht verständliches EU-Recht ein. Politische Entscheidungen, Drucksachen und weitere Informationen der Europäischen Institutionen müssen zudem leicht abrufbar sein und durchwegs auch in deutscher Sprache kommuniziert werden. So wollen wir

FREIEN WÄHLER die Arbeit aller EU-Institutionen für die Bürger verständlich und nachvollziehbar gestalten.

Auch bei künftigen Vertragsänderungen wollen wir höchste Transparenz im Rahmen eines europäischen Konvents gewährleisten. Europäische Verträge dürfen nicht hinter der Sprachklarheit unseres Grundgesetzes zurückbleiben. Daher setzen wir uns auch für ein schlankes europäisches Vertragswerk in einfacher und verständlicher Sprache ein.

Offenheit gegenüber den Bürgern fängt auch bei den Europaabgeordneten selbst an. Wir FREIEN WÄHLER werden deshalb alle unsere Treffen mit Interessenvertretern transparent machen und unser persönliches Abstim-

mungsverhalten im EP ausnahmslos begründen und den Bürgern mitteilen. Außerdem darf politisches Versagen auf nationaler Ebene nicht durch eine pauschale Europakritik verschleiert werden.

Auch von den anderen EU-Institutionen fordern wir mehr Transparenz ein. Dies gilt insbesondere für die Arbeit und Entscheidungsfindung des Europäischen Rats und des Ministerrats sowie anderer intransparenter Gremien wie den so genannten Gouverneursrat des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Für ein Europa der Bürger und nicht der Lobbyisten

Wir FREIEN WÄHLER werden uns dafür stark machen, dass das Europaparlament nicht länger Anwalt einzelner starker Lobbys ist, sondern Interessenvertreter der Bürger. Wir fordern dabei ein schärferes Lobby-Register, das Veröffentlichungspflichten der Personennamen, der Mitarbeiterzahl, der Klienten, für die die Lobbyisten tätig sind und die Höhe der finanziellen Aufwendungen für Lobbyarbeit offenlegt.

Gerade für Plenarwochen, in denen wichtige Abstimmungen bevorstehen, fordern wir zudem eine räumliche und zeitliche Bannmeile für Lobbyisten: 24 Stunden vor Abstimmungen soll den Interessenvertretern in Brüssel der Zugang zum Europaparlament versperrt werden, um die Meinungsbildung der Euro-

paabgeordneten in der letzten Phase vor einer Abstimmung nicht mehr einseitig beeinflussen zu können.

Lobby-Arbeit findet im Europaparlament zunehmend in sogenannten „Intergroups“ statt, in denen EU-Abgeordnete gemeinsam mit Interessenvertretern zusammenkommen. Auch in diesen Gremien fordern wir höchste Transparenz mit weitgehenden Veröffentlichungspflichten der Teilnehmer und ihrer Aktivitäten.

Brüssel abspecken – weniger ist mehr!

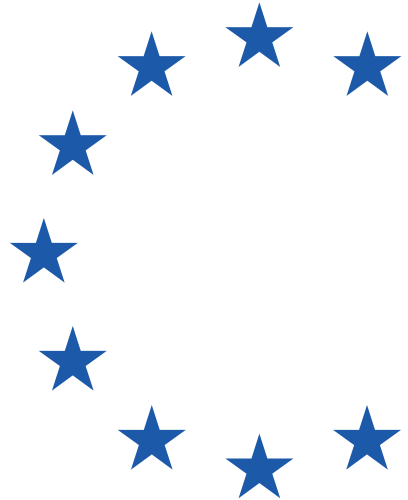
Wir FREIEN WÄHLER wollen im Europaparlament Anstöße für eine Neuordnung der Spitzenämter geben. Das Machtverhältnis zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Kommissionspräsidenten, der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik, dem Euro-Gruppenchef und dem Ministerratspräsidenten bedarf einer Klärung und erfordert eine Reduzierung des Spitzenpersonals auf weniger, aber dafür handlungsfähigere Ämter.

Ebenso muss die Kommission drastisch verkleinert werden. Wir sind der Auffassung, dass maximal zehn Ressorts ausreichend sind, um Europa politisch effektiv gestalten zu können. Die gegenwärtige zwanghafte Aufteilung der europäischen Regelungsbereiche auf die

aus jedem der 28 Mitgliedstaaten entsandten Kommissare ist höchst ineffizient und bläht den bürokratischen Apparat unnötig auf.

Europäische Bestimmungen stehen über unseren nationalen Gesetzen und haben Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben von über 500 Millionen Menschen. Ob unverhältnismäßige Regelungen zur Tachographenpflicht, Detailangaben auf Antragsformularen für EU-Fördermittel oder umfangreiche Dokumentationspflichten: Das Europaparlament trägt an der überbordenden Bürokratie für Mittelstand, Handwerk und Landwirtschaft eine große Mitverantwortung. Wir werden uns deshalb für eine drastische Reduzierung dieser Auflagen einsetzen: Richtlinien und Verordnungen, die

unverhältnismäßige Zahl an Auflagen oder Regelungen zur Folge haben, sind zu unterlassen. Aber auch im Rahmen der Umsetzung von EU-Gesetzen dürfen auf nationaler Ebene keine zusätzlichen Auflagen hinzukommen. Statt eines neuen Amtes für den Bürokratieabbau in Brüssel setzen wir auf mehr Zuständigkeiten vor Ort. Wir fordern außerdem, künftig EU-Gesetze im Regelfall mit einem Verfallsdatum zu versehen. So werden Richtlinien und Verordnungen in regelmäßigen Abständen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft.



Deutsche Sprache in Europa stärken

Deutsch ist die meist gesprochene Muttersprache in der Europäischen Union. Sie ist Amtssprache in Deutschland, Österreich, Luxemburg, Belgien und Italien sowie darüber hinaus Minderheitensprache in Dänemark, Frankreich, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Wir machen uns deshalb dafür stark, unsere Sprache in Europa zu fördern und gleichberechtigt als Arbeitssprache in Europa neben Englisch und Französisch zu etablieren.

Volksentscheide zu Europa-Fragen einführen

Die Europäische Integration ist an einem Punkt angelangt, an dem eine weitere Souveränitätsabgabe nicht mehr ohne die Zustimmung des Volks erfolgen kann. Wir wollen ein Europa, das von den Bürgern akzeptiert ist. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher Volksentscheide zu zentralen europapolitischen Fragen. Bei weiteren EU-Vertiefungen im Sinne von neuen Aufgabenübertragungen muss der Bürger als Souverän über EU-Vertragsänderungen entscheiden können.

Auch bei EU-Gesetzen müssen die Unionsbürger durch europäische Volksbegehren und Volksentscheide ein Mitentscheidungs- und Initiativrecht erhalten. Dies wollen wir durch Weiterentwicklung der Europäischen Bürgerinitiative erreichen.

Europaparlament und Ausschuss der Regionen stärken

Wir FREIE WÄHLER fordern mehr Verantwortung für die gewählten EU-Abgeordneten. Sie müssen die zentrale Rolle bei der Vertretung der Bürgerinteressen spielen und den Menschen Europa besser erklären und zugänglicher machen. Daher wollen wir die parlamentarische Debattenkultur wieder verbessern und die zum Teil undemokratische Meinungsfindung durch interne Absprachen, wie zum Beispiel die Einigungen über EU-Gesetze vor der ersten Lesung verbieten (sogenannte „first reading agreements“), da diese am Europaparlament vorbeigehen.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass das Europaparlament Mitsprache auf weitere politische Schlüsselbereiche, wie Fragen über die

gemeinsame Währung und die Bereiche des Euratom-Vertrags, erhält.

Außerdem ist eine Stärkung des Ausschusses der Regionen und seine Fortentwicklung zur dritten gleichberechtigten Kammer neben EU-Parlament und Ministerrat dringend nötig. Denn nur durch Mitsprache und Zustimmung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften kann gewährleistet werden, dass europäische Politik auch von den Bürgern vor Ort akzeptiert wird. Unser erklärtes politisches Ziel ist es dabei, dem Ausschuss der Regionen selbst ein Mitentscheidungsrecht über EU-Gesetze zu geben.

Wir treten dafür ein, dass künftig EU-Kommissare gemeinsam durch das EU-Parlament und

den Ausschuss der Regionen gewählt werden müssen. So wird gewährleistet, dass die höchsten europäischen Ämter von Vertretern bekleidet werden, die auch das Vertrauen der Regionen und Kommunen genießen. Auf diese Weise erschweren wir EU-Maßnahmen, die weitere Einschränkungen für die regionale und lokale Ebene mit sich bringen. Spinnereien wie die Privatisierung unserer Wasserversorgung würde kein EU-Kommissar mehr vorschlagen, weil er aufgrund dessen nicht mehr von den Vertretern der Regionen gewählt werden würde.

Zudem fordern wir ein echtes Initiativrecht für das Europaparlament, um die Interessen der Bürger direkt in den europäischen Gesetzgebungsprozess einzubringen. Die bisherige

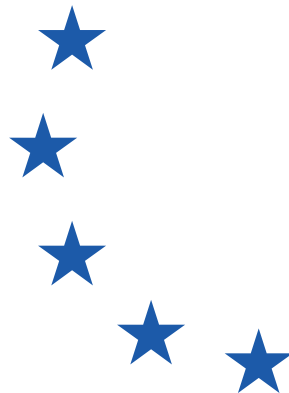
Möglichkeit, lediglich über Initiativberichte die Europäische Kommission zum politischen Handeln aufzufordern, wird der Bedeutung eines direkt gewählten Parlaments in keiner Weise gerecht.

Auch muss das Europaparlament über seine eigene Organisation selbst entscheiden können. Dazu gehört die freie Wahl des Sitzungsortes. Wir FREIEN WÄHLER werden uns deshalb dafür einsetzen, dass der Parlamentssitz in Straßburg geschlossen wird. So beenden wir die unnötigen und teuren Umzüge, die etwa 200 Millionen Euro im Jahr verschlingen.

Wir fordern zudem mehr demokratische Legitimation in der Währungspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Eurogruppen-

Chef durch die Europaparlamentarier der Eurozonen-Länder gewählt werden muss und nicht wie bisher von den Staats- und Regierungschefs der Euroländer eingesetzt wird.

Wir setzen uns auch für mehr Einfluss der europäischen Parlamente bei internationalen Verhandlungsrunden ein. Denn wir wollen, dass das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente in die Entscheidungsfindungsprozesse der Staats- und Regierungschefs sowie der EU-Kommission als Kontroll- und Gestaltungsinstanz von Beginn an umfassend eingebunden werden.



Bürgerinteressen bei internationalen Abkommen vertreten

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat das Europaparlament über internationale Abkommen mitzuentcheiden. Verträge wie ACTA wurden und werden aber nach wie vor hinter verschlossenen Türen verhandelt.

Während mächtige Interessenvertreter wie internationale Konzerne stark in die Verhandlungen eingebunden sind, erhalten die Bürger als Souverän keine privilegierte Mitsprache. Daher werden wir uns stark machen, die Bedenken der Bürger beim Abschluss internationaler Verträge in das Europaparlament zu tragen und dafür sorgen, dass bereits während der Verhandlungsphase ein Höchstmaß an Transparenz von Seiten der EU-Kommission und der Staats- und Regierungschefs

gewährleistet wird und das Europaparlament von Beginn an eingebunden wird.

Wir sind der Auffassung, dass sich das Europaparlament emanzipieren muss. Mandate zur Verhandlungsführung sollen künftig nicht mehr ausschließlich von den Staats- und Regierungschefs, sondern auch von den direkt gewählten EU-Parlamentariern ausgestaltet werden können.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns auch dafür ein, dass das Europaparlament bei Verhandlungen auf internationaler Ebene mehr Einfluss auf den Willensbildungsprozess nehmen kann. Wir fordern auch in diesem Punkt eine frühzeitige Einbindung der Parlamentarier, da sie am Ende von Verhandlungen

über internationale Abkommen abstimmen müssen.

Schließlich wollen wir, dass bei internationalen Gipfeln, wie die Treffen der G20, die Präsidenten des Europaparlaments und der nationalen Parlamente künftig an die Verhandlungstische der Staats- und Regierungschefs hinzu geladen werden.

Wir FREIEN WÄHLER werden die Zustimmung zu internationalen Abkommen vom Maß der Transparenz und der Berücksichtigung der Bürgerinteressen bei den Verhandlungen abhängig machen.



Wir lassen uns nicht verkaufen: kein transatlantisches Freihandelsabkommen über die Köpfe der Bürger hinweg

Wir FREIEN WÄHLER plädieren für eine transparente Verhandlungsführung beim transatlantischen Freihandelsabkommen. Die geheimen und intransparenten Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der US-Regierung lehnen wir ab.

Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft bietet uns Europäern zwar grundsätzlich die Möglichkeit, unseren Wirtschaftsraum zu stärken, die Rolle Europas als Handelsmacht in der Welt auszubauen und unseren Wohlstand zu sichern. Doch aufgrund der Geheimhaltung des Verhandlungsmandats und der weiteren Verhandlungsdokumente befürchten wir hierdurch einen erneuten Versuch, in die kommunale Organisationshoheit einzugreifen und so zum Beispiel die Pri-

vatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, wie die Trinkwasserversorgung, herbei zu führen. Das wollen wir verhindern! Dies gilt auch für die Fracking-Technologie, die ein Verbrechen an der Umwelt und den Menschen ist. Bei den derzeit intransparent geführten Verhandlungen befürchten wir eine Senkung, bzw. Schleifung unserer europäischen Standards, beispielsweise im Verbraucher- und Datenschutz sowie im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Wir wollen keine Gen- und Hormonnahrung auf unseren Tellern!

Das Ziel der Verhandlungsführer, mit dem Freihandelsabkommen Möglichkeiten zu schaffen, dass internationale Konzerne gegen die Bundesrepublik Deutschland klagen und unsere nationalen Rechtssysteme umgehen

können, ist skandalös. Denn so könnte ein einfacher demokratisch gefasster Gemeinderatsbeschluss, neue Umweltauflagen oder die politische Abkehr von neuen Technologien wie dem Fracking zu einer hohen Millionenklage der USA gegen uns führen, über die nicht nationale Gerichte, sondern intransparente Schiedsgerichte urteilen werden.

Wir setzen uns deshalb für einen Stopp der Verhandlungen unter transparenten Bedingungen ein. Ein Neustart darf nur unter der Maßgabe einer ausnahmslosen Veröffentlichung der Verhandlungsdokumente und der umfassenden Einbindung der Zivilgesellschaft sowie der Regionen und Kommunen in die Verhandlungen erfolgen. Wir fordern zusätzlich öffentliche Konsultationen für alle

zu verhandelnden Bereiche und eine enge Einbindung des direkt gewählten Europaparlaments: Neben der EU-Kommission müssen auch die EU-Parlamentarier mit an den Verhandlungstisch!

Wir halten es zudem für erforderlich, zu diesem wichtigen Thema Volksabstimmungen einzuführen, damit unsere Bürger über das verhandelte Abkommen abschließend entscheiden können.

Verbraucherfreundliche Landwirtschaft statt Agro-Genindustrie

Für uns FREIE WÄHLER ist und bleibt die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen und sicheren Lebensmitteln die Hauptaufgabe von Landwirtschaft, Fischerei, Aquakultur und Jagd.

Unsere Land- und Forstwirtschaft befindet sich in der jüngsten Zeit in einem zunehmenden Spannungsfeld. Zu der traditionellen Rolle als Produzent von Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen kommt die Erzeugung von erneuerbaren Energien und die Erhaltung bzw. Steigerung der Biodiversität. Gleichzeitig tritt der steigende Konkurrenzkampf um die stets knapper werdende Fläche immer mehr in den Vordergrund. Die Agrarpolitik der FREIEN WÄHLER sieht den Weg in die Zukunft der bäuerlichen Land-

wirtschaft in einem ausgewogenen Miteinander von Lebensmittel- und Energieproduktion.

Wir stehen für einen starken europäischen Verbraucherschutz auf hohem Niveau. Allerdings setzen wir zugleich auf den mündigen Bürger: Staatliche Bevormundung bei Kaufentscheidungen lehnen wir strikt ab. Stattdessen steht für uns eine vollumfängliche Information der Verbraucher und gezielte Vermittlung von Alltagskompetenzen im Vordergrund. Die Arbeit der Verbraucherzentralen muss gestärkt werden. Ständig zunehmende Detailregelungen, die von den Menschen nicht mehr nachvollzogen und verstanden werden können und auch zu immer mehr Bürokratie führen, lehnen

wir ab. Die Politik muss sich stärker auf die Einhaltung und Kontrolle der Verbraucherschutzstandards konzentrieren. Dies gilt auch für die Weiterentwicklung der internationalen Handelsbeziehungen. Im Rahmen entsprechender Abkommen muss sichergestellt werden, dass die hohen Umwelt- und Sozialstandards in der EU erhalten bleiben. Importierte Produkte dürfen diese nicht unterlaufen. Hormonfleisch und Chlorhähnchen entsprechen nicht den europäischen Verbrauchererwartungen und deren Einfuhr darf keinesfalls zugelassen werden. Eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft kann nach unserer Überzeugung die regionalen Besonderheiten unserer Agrarwirtschaft am besten erhalten. Regionale Spezialitäten, be-

sondere Bewirtschaftungsweisen und regionale Verarbeitung sind auch ein Stück gelebtes Kulturgut, die es zu fördern gilt.

Im Bereich der erneuerbaren Energien kommt der Land- und Forstwirtschaft eine Schlüsselrolle zu. Wir FREIEN WÄHLER stehen zur in Deutschland beschlossenen Energiewende und sehen hier auch eine Chance für die bäuerlichen Betriebe. Diese Initiative muss auf die europäische Ebene getragen werden. Nur durch eine EU-weite Koordination lassen sich extreme Verwerfungen innerhalb des Binnenmarktes verhindern. Die Balance zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion auf landwirtschaftlichen Flächen muss weiterhin gewährleistet sein. Eine Überförderung einzelner Produkti-

onsbereiche lehnen wir ab. Forschung und Entwicklung im Bereich der Verwertung von Reststoffen, der Steigerung der Effizienz der bestehenden Anlagen und der Energiespeichermöglichkeiten wollen wir vorantreiben.

Land- und forstwirtschaftliche Flächen sind ein kostbares und knappes Gut. Aus diesem Grund lehnen wir politische Vorgaben zur Stilllegung von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen ab. Täglich gehen aber allein in Deutschland derzeit ca. 81 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche verloren. Angesichts der wachsenden Herausforderungen ist dies ein besorgniserregender Wert. Der Umgang mit Ausgleichsmaßnahmen muss in diesem Bereich nutzungsintegrierte (also ohne kompletten Ausfall der landwirt-

schaftlichen Produktion) Projekte bevorzugen. Der sorgsame Umgang mit der wertvollen Ressource Boden muss zur Grundlage der Planung bei Siedlungs- und Infrastrukturmaßnahmen werden.

Wir FREIEN WÄHLER stehen zur artgerechten Tierhaltung. Eine Weiterentwicklung der Tierhaltungsbedingungen wird von uns FREIEN WÄHLERN nachdrücklich unterstützt. Allerdings darf dies nicht zu einer weiteren Benachteiligung bäuerlich geführter Betriebe gegenüber großen, meist gewerblich strukturierten Anlagen führen. Die zunehmende Marktorientierung der EU-Agrarpolitik und die berechtigten Forderungen nach mehr Berücksichtigung von Tierschutz- und Umweltschutzgesichtspunkten in der Produkti-

on stellen die landwirtschaftlichen Betriebe vor neue Herausforderungen. Die deutsche Landwirtschaft hat in diesem Bereich bereits in der Vergangenheit eine EU-weite Vorreiterrolle in der ständigen Weiterentwicklung von Haltungssystemen eingenommen. Die derzeitigen Diskussionen innerhalb breiter Bevölkerungsschichten zeigen hier deutlich größeren Handlungsbedarf. Verbesserung der Haltungsbedingungen und wirtschaftlicher Erfolg bäuerlicher Strukturen dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen. Spezielle Begleitung durch Wissenschaft und Fördersysteme müssen auch kleineren tierhaltenden Betrieben insbesondere in naturräumlich benachteiligten Regionen Perspektiven in die Zukunft eröffnen.

Steigende Bevölkerungszahlen und berechnete neue Anforderungen durch die Gesellschaft erhöhen den Druck zur Weiterentwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Produktion. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass die hohen Erwartungen, die durch neue Biotechnologien im Bereich der Landwirtschaft geweckt wurden, nur zu geringen Teilen erfüllt werden konnten. Gentechnik und das Klonen von Tieren sind daher für uns FREIEN WÄHLER nicht der richtige Weg zu einer erfolgreichen Zukunft der bäuerlichen Betriebe in Europa. Im Gegenteil, noch immer sind die Risiken für unsere Natur und die rechtlichen Folgen für die Anwender nicht klar erforscht bzw. geregelt. Daher lehnen wir, wie große Teile der

Bevölkerung, diese Technologien und die Patente auf Leben ab und machen uns für ein gentechnikanbaufreies Europa stark. Der Bedarf an einer gezielten Weiterentwicklung pflanzenbaulicher Anbauverfahren und des Züchterfolgs in der Tierhaltung ist aber unbestritten vorhanden. Die jahrhundertlang bewährten konventionellen Züchtungsmethoden rücken damit in den Mittelpunkt der Bemühungen. Wir setzen uns daher für einen Ausbau der Forschung in diesem Bereich ein.

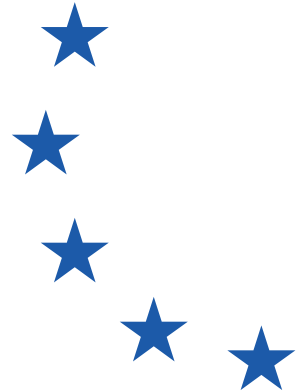
Auch der Wissenstransfer von der Forschung hin zur landwirtschaftlichen Praxis muss schneller und zielgerichteter erfolgen. Über ein europäisches Netzwerk der staatlichen Agrarforschungseinrichtungen der Mit-

gliedsstaaten wollen wir neue Erkenntnisse schneller zugänglich machen. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich der Reduzierung der Emissionen aus der Nutztierhaltung.

Die Sicherung der Artenvielfalt und die Erhaltung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere können nur mit Blick auf die regionalen Besonderheiten erfolgreich sein. Eine Agrar- und Umweltpolitik, die starre Maßnahmenkataloge über 28 Mitgliedsstaaten zementiert, wird hier versagen. Europaweit vorgeschriebene Flächenstilllegungen halten wir für nicht mehr zeitgemäß.

Die Land- und Forstwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und sichert wert-

volle Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen Europas. Wir FREIEN WÄHLER stehen für eine kontinuierliche Verbesserung der landwirtschaftlichen Ausbildung und eine Angleichung der Ausbildungsinhalte innerhalb der EU. Diese hohen Ausbildungsstandards in der Agrarwirtschaft müssen auch anerkannt werden. Ständig neue, zusätzliche bürokratische Vorgaben lehnen wir entschieden ab.



EU-Agrarpolitik mit starken Regionen

Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union wollen wir FREIEN WÄHLER weiterentwickeln. Durch das ständige Anwachsen der Zahl der Mitgliedsstaaten wird eine starre, bis ins Detail zentralisierte Agrarpolitik jedoch immer ineffizienter und für die Bürger zunehmend schwerer vermittelbar.

Die FREIEN WÄHLER stehen zur europäischen Einigung und zur gemeinsamen Agrarpolitik. Ein starker, finanziell ausreichend ausgestatteter gemeinsamer Rahmen muss auch zukünftig die Grundlage der Zusammenarbeit im landwirtschaftlichen Bereich auf europäischer Ebene sein.

Um den regionalen Besonderheiten gerecht zu werden, fordern wir mit Nachdruck eine

Stärkung der regionalen Kompetenzen. Dies ist auch mit Blick auf die neuen Herausforderungen im Bereich der Klimaveränderungen und des Umwelt- und Naturschutzes unabdingbar. Eine mit bürokratischen Auflagen und einem überbordenden Beamtenapparat durchgedrückte Einheitspolitik wird der Vielfaltigkeit der europäischen Landwirtschaft nicht gerecht. Nur durch regionale Gestaltungsspielräume kann auf die verschiedensten naturräumlichen Gegebenheiten eingegangen werden.

Für Haushaltsdisziplin und Beitragsgerechtigkeit in Europa

Europa muss sparsamer und effizienter werden. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns daher für eine EU ein, die verantwortungsvoller mit dem Geld der deutschen Steuerzahler umgeht. Daher stehen wir für ein gerechtes, verständliches und nachhaltiges Einnahmen- und Ausgabensystem und kämpfen für eine klare Deckelung und stärkere Kontrollen der Ausgaben der Europäischen Union. Hierfür muss die Rolle des Europäischen Rechnungshofs aufgewertet werden.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für mehr Beitragsgerechtigkeit in der EU ein, um die Lasten für Deutschland abzusenken. Unfaire und für die deutschen EU-Nettozahler unverständliche Regelungen wie den „Britten-Rabatt“ wollen wir über das Europaparlament

thematisieren und so die Staats- und Regierungschefs zum Handeln zwingen.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin die Nationalstaaten grundsätzlich die Steuerhoheit besitzen. Wir werden daher den Absichten der Europäischen Kommission eine klare Absage erteilen, die die Einführung einer EU-Steuer oder eine Beteiligung der Europäischen Union an nationalen Steuern und Abgaben vorsieht. Wir FREIEN WÄHLER lehnen auch eine Lockerung des Verschuldungsverbots der Europäischen Union ab. Die Europäische Union muss sich auch weiterhin aus Zöllen und Beitragszahlungen auf Basis der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten finanzieren.

Stabile Währung statt Schuldenunion

Eine stabile Gemeinschaftswährung ist die Grundlage für Wohlstand und eine nachhaltig florierende Wirtschaft in Deutschland und Europa. Deshalb brauchen wir Rahmenbedingungen, die die Stabilität des Euros garantieren. Dazu muss die Wahrungsarchitektur der EU grundlegend überarbeitet werden, um den Euro wieder auf ein starkes Fundament zu stellen. Dies gelingt nur mit soliden Staatsfinanzen und wettbewerbsfähigen Standortbedingungen in allen Mitgliedstaaten.

Wir wollen einen stabilen Euro. Die aktuelle unsolide Europapolitik gefährdet jedoch dieses Ziel. Wir stehen für ein Europa, in dem das Recht nicht gebeugt oder gar gebrochen wird. Verträge müssen gehalten werden

und derjenige, der Risiken eingeht, muss in letzter Konsequenz auch die Folgen dafür tragen. Wir stehen zu dem Grundsatz, den die europäischen Staats- und Regierungschefs in Maastricht vereinbarten: Jedes Land haftet für seine Schulden selbst. Wir machen uns für einen Euro stark, der wieder so attraktiv und solide werden muss, dass letztlich alle EU-Länder der Eurozone beitreten wollen.

Um Euro-Krisenländern die Möglichkeit zu geben, sich wieder wettbewerbsfähig zu machen, fordern wir weiterhin die Einführung von Parallelwahrungen: Dadurch können sie wieder selbständig einen Wechselkurs bestimmen, der ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht.

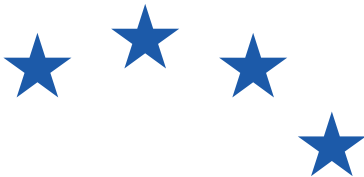
Wir FREIEN WÄHLER fordern die garantierte Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und eine Zusammensetzung des EZB-Rats entsprechend der Kapitalanteile der Mitgliedstaaten. Die EZB muss sich wieder vor allem um die Geldwertstabilität kümmern und von politischer Einflussnahme seitens der Nationalstaaten abgeschirmt werden. Zudem setzen wir uns für eine Reform der Disziplinierungsmaßnahmen für Defizit-Sünder ein: Statt Geldstrafen fordern wir einen Entzug ihrer Mitbestimmung in der EZB und Eurogruppe. Die Doppelkompetenz der EZB, wonach sie gleichzeitig Notenbank und Bankenaufsicht ist, muss wieder abgeschafft werden.

Wir treten für ein Ende der bisherigen Rettungsschirmpolitik ein und lehnen darüber

hinausgehende Rettungsmaßnahmen der EZB ab. Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) auflösen: Seine Schirmsummen müssen daher systematisch bis zu seiner letztendlichen Auflösung zurückgefahren werden. Die Entscheidungen des ESM sind zudem intransparent und unterliegen einem erheblichen Demokratiedefizit. Deshalb muss insbesondere die Arbeit des ESM-Gouverneursrats mittelfristig wesentlich transparenter gestaltet werden.

Um das Problem der Target-II Salden in den Griff zu bekommen, fordern wir die Schaffung eines Systems zur Hinterlegung werthaltiger Sicherheiten für negative Target-II Salden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine Arbeitsgruppe mit benannten Experten aus ganz Europa nach dem Vorbild des Sachverständigenrats der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gemeinsam Szenarien und Machbarkeitsstudien für die Lösung der Krise ergebnisoffen erarbeitet und dem Europäischen Parlament zurarbeitet.



Klare Regeln bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten und Banken

Wir FREIEN WÄHLER fordern zum Schutz der Kleinanleger die Sicherung der Spareinlagen auf hohem Niveau und setzen uns für den Erhalt nationaler Spareinlagensysteme ein: Entwicklungen hin zu einer europäischen Bankenunion lehnen wir ab. Zur Abwicklung von zahlungsunfähigen Banken wollen wir einen geordneten Insolvenz- und Abwicklungsmechanismus für Banken und Finanzinstitutionen. Im Fall von zahlungsunfähigen Staaten machen wir uns für ein geregeltes Staateninsolvenzverfahren stark, wie es bereits um die Jahrtausendwende vom Internationalen Währungsfonds vorgeschlagen wurde. Wir fordern zudem die Einrichtung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur.

Sparkassen und Genossenschaftsbanken schützen

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für den Erhalt unseres bewährten deutschen Drei-Säulen-Banken-Modells ein. Gerade in Zeiten der Krise hat sich unsere Bankenstruktur für Sparer, Anleger und mittelständische Wirtschaft bewährt. Den wiederholten Versuchen Brüssels, die Struktur unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Frage zu stellen, erteilen wir eine klare Absage.

Trinkwasser ist kein Spekulationsobjekt: Kommunale Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge sichern

Wir FREIEN WÄHLER werden uns auch im Europaparlament dafür einsetzen, dass weder durch EU-Gesetze noch durch international zu schließende Abkommen unsere bewährte kommunale Daseinsvorsorge in Frage gestellt wird.

Die Kommunen wissen am besten, wie sie die Versorgung der Bürger effizient und in höchster Qualität bereitstellen können. Nicht Großkonzerne und Spekulanten, sondern die lokale Ebene muss weiterhin vollumfängliche

Gestaltungsfreiheit, die Organisationshoheit sowie die Letztentscheidung und –verantwortung in diesem Bereich haben. Interkommunale Zusammenarbeit gilt es zudem zu fördern und nicht zu erschweren.

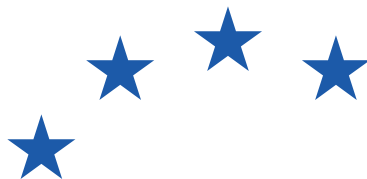
Wir werden keinen EU-Kommissionspräsidenten und keinen EU-Kommissar wählen, der sich nicht ausdrücklich zur kommunalen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und zu der im Vertrag von Lissabon garantierten regionalen und lokale Selbstverwaltung bekennt.

Mitsprache der Landkreise, Städte und Gemeinden in Europa stärken

Wir FREIEN WÄHLER machen uns für eine wirksame kommunale Vertretung in Brüssel stark. Unserem Politikverständnis entsprechend wollen wir eng mit den kommunalen Spitzenverbänden in Brüssel zusammenarbeiten, um die besten Ratschläge und Ideen für die Bürger vor Ort politisch umsetzen zu können.

Wir wollen nicht nur den Ausschuss der Regionen deutlich aufwerten, sondern dort auch die Stimme der deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise stärken.

Auch werden wir uns dafür einsetzen, dass die Vertreter unserer Kommunen in Brüssel Zugang zu allen Gremien erhalten, zu denen bislang nur Nichtregierungsorganisationen für Konsultationen und zur Informationsgewinnung zu EU-Vorhaben eingeladen werden.



Europäische Förderpolitik im Sinne der Regionen und Kommunen gestalten

Wir FREIEN WÄHLER wollen europäische Fördermittel gezielter nutzen, um Unterschiede zwischen Stadt und Land zu reduzieren und die Regionen besser miteinander zu vernetzen.

Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land. Dazu wollen wir die europäische Regional- und Strukturpolitik für unsere Kommunen optimieren. Die bisherige Förderpolitik ist ineffizient. Wir machen uns dabei auch für eine fondsübergreifende Förderung europäischer

Zielsetzungen stark und setzen uns für das von den Kommunen geforderte Instrument sogenannter Fonds-übergreifender Regionalbudgets ein.

Insbesondere wollen wir uns auf europäischer Ebene für die Förderung des Breitbandausbaus einsetzen, um vor allem die Attraktivität ländlicher Regionen für die Wirtschaft zu erhöhen und Europa insgesamt international wettbewerbsfähig zu halten und nachhaltiges Wachstum zu sichern.

Internationale Zusammenarbeit der Regionen und Kommunen fördern

Wir FREIEN WÄHLER wollen das Konzept der Makroregionen weiterentwickeln und stärken, um regionale grenzübergreifende Kooperationen wie für den Ostsee-, den Alpen- und Donaauraum zu erleichtern und umfassender zu unterstützen. Dies stärkt den territorialen Zusammenhalt in Europa nachhaltig und ermöglicht uns, den Herausforderungen der Zukunft auf regionaler Ebene begegnen zu können.

Wir FREIEN WÄHLER machen uns auch dafür stark, dass die internationale Städtepartnerschaftsarbeit zur Förderung des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Austauschs gestärkt wird.

Einheimischenmodelle erhalten

Wir FREIEN WÄHLER kämpfen für das Recht, dass Kommunen auch künftig den weniger einkommensstarken und kinderreichen Familien, die vor Ort verwurzelt sind, günstiges Bauland in ihrer Gemeinde zur Verfügung stellen können und eine Handhabe gegen Spekulanten haben. Im Europaparlament werden wir uns gegen weitere Versuche der EU-Kommission wehren, diese Gestaltungsspielräume der Städte und Gemeinden einzuschränken.

Menschenrechte in Europa und der Welt durchsetzen

Wir FREIEN WÄHLER stehen zur Europäischen Grundrechtscharta und werden uns im Europaparlament stark machen, dass diese in allen EU-Angelegenheiten strikt umgesetzt wird. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass Menschenrechtskriterien in Abkommen zwischen der EU und Drittstaaten aufgenommen werden. Zentrales Ziel unserer Politik ist auch die Einführung eines europäischen Volksgruppenrechts, um ein europaweites Verbot von Vertreibungen zu fixieren.

Die Ursachen weltweiter Armutsmigration müssen möglichst vor Ort in den Herkunftsländern abgestellt werden. Wir FREIEN WÄHLER fordern außerdem eine umfassende Reform der EU-Flüchtlings – und Asylpolitik. Dieses Problem kann nur mitgliedstaats-

übergreifend gelöst werden. Wir erachten daher eine solidarische und für alle Beteiligten faire und sachorientierte Reform des Dublin II-Systems für notwendig. Es muss ein Verteilungsschlüssel auf Basis der Faktoren „Einwohnerzahl“ und „Wirtschaftskraft“ und unter Berücksichtigung familiärer Bindungen der Flüchtlinge geschaffen werden. Dies entlastet zum einen die aus geographischen Gründen stark betroffenen südeuropäischen Staaten. Zum anderen müssen danach Länder wie Deutschland keine zusätzlichen Belastungen erwarten, da wir heute schon im europäischen Vergleich eine ausreichende Zahl von Flüchtlingen aufnehmen.

Wir fordern außerdem eine umfassende Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit

der 28 EU-Mitgliedstaaten. Dabei soll der Fokus verstärkt auf die Flüchtlingsherkunftsländer gelegt werden. Darüber hinaus wollen wir Entwicklungszusammenarbeit weit stärker als bisher an die Einhaltung der Menschenrechte und gute Regierungsführung in den Empfängerländern knüpfen. Nur hierdurch können die Ursachen für die Flüchtlingsproblematik an Europas Außengrenzen wirksam bekämpft werden.

Wir wollen eine europäische Flüchtlings- und Asylpolitik gestalten, die unsere europäischen Interessen wahrt, aber zugleich den Menschen wieder in den Mittelpunkt rückt. Dazu fordern wir eine Stärkung der gemeinsamen Außengrenzkontrollen, die Einführung eines europäischen humanitären

Visums, einer europäischen Auswanderungsberatung in den Herkunftsländern und ein verbindliches europäisches Resettlement-Programm.



Migrationsprobleme in der EU sachorientiert in Angriff nehmen

Migration ist innerhalb der Europäischen Union eine Zukunftsherausforderung. Die sogenannte Armutswanderung aus Osteuropa droht die Akzeptanz der Freizügigkeit und der offenen Grenzen in Europa in Frage zu stellen.

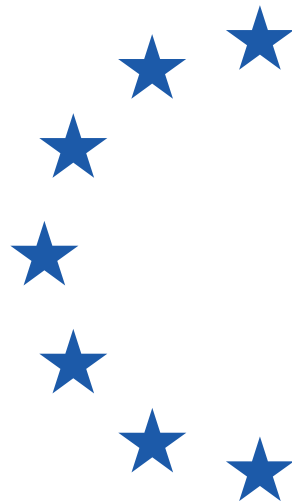
Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass Freizügigkeit nicht die freie Wahl der sozialen Sicherungssysteme bedeuten darf und das Problem der sogenannten Armutsmigration nicht national, sondern auf europäischer Ebene gelöst wird. Daher machen wir uns dafür stark, dass Lücken durch die von der Bundesregierung nicht umfänglich umgesetzte Freizügigkeitsrichtlinie geschlossen werden. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass europäische Nachbarn, die maßgeblich für sogenannte Ar-

mutsmigration verantwortlich sind, stärker in die Pflicht genommen werden: Es kann nicht geduldet werden, dass EU-Länder wie Rumänien und Bulgarien scheinbar unerwünschten Minderheiten in ihren Ländern nicht alle Unterstützung zukommen lassen, die nach europäischen Standards erwartet werden. Wir fordern hierzu eine neue, ambitioniertere Roma-Strategie der EU, insbesondere für die Länder, die die Entstehung sogenannter Armutswanderung zu verantworten haben.

Darüber hinaus wollen wir eine Umgestaltung des Europäischen Sozialfonds mit einem stark vereinfachten Zugang zu Förderstrukturen und Sanktionsmöglichkeiten, falls Mittel für armutswanderungsverhindernde Projekte nicht vollumfänglich abgerufen werden.

Um die durch sogenannte Armutsmigration betroffenen Kommunen in unserem Land und in Europa finanziell unterstützen zu können, fordern wir FREIEN WÄHLER außerdem einen zusätzlichen europäischen Migrationsfonds, in den diejenigen Länder einzahlen müssen, die durch ungenügende Achtung der Grundrechte und bewussten Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe sogenannte Armutsmigration überhaupt erst provozieren.

Außerdem unterstützen wir die von den Kommunen geforderte Wiedereinführung der Visapflicht für die "Westbalkanländer", da die sogenannte Armutsmigration aus diesen Ländern mit der Aussetzung der Visa-Pflicht deutlich zugenommen hat.



Für „grenzenlose“ Sicherheit in Europa sorgen

Wir FREIEN WÄHLER wollen Europa zu einem wechten Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts entwickeln. EU-Bürger müssen sich in Europa frei bewegen können, ohne dass grenzüberschreitende Kriminalität, Menschenhandel und Schmuggel imstande sind, diese zu bedrohen. Die letzte Schengen-Reform sehen wir kritisch. Wir wollen keine Situation erleben, in der wieder Schlagbäume zwischen EU-Mitgliedstaaten stehen. Wir machen uns stattdessen für eine weitere Stärkung der Sicherung der EU-Außengrenzen stark und fordern für die Sicherheit im Innern eine bessere Kooperation zwischen den Polizei- und Justizbehörden der EU-Mitgliedstaaten. Das bedeutet, die europäischen Grenzen auch für Polizei und Justiz weiter zu öffnen, ohne dabei den Grundsatz

der Subsidiarität in Frage zu stellen. In diesem Zusammenhang müssen die Europäischen Sicherheitsagenturen OLAF, CEPOL, Europol, Eurojust mit weitreichenden Handlungsbefugnissen ausgestattet werden. Das Europaparlament und die nationalen Parlamente müssen in der Innen- und Justizpolitik mehr Kontrollrechte und Gestaltungsspielräume erhalten.

Wir FREIEN WÄHLER machen uns darüber hinaus für eine zügige europäische Harmonisierung der Standards für Beschuldigte in Strafverfahren unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips stark. Wir streben ein Mindestniveau auf Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention an, ohne dass die Europäische Union ihre bisherigen Regelungsbefugnisse auszudehnen versucht.

Höchstes Datenschutzniveau in Europa schaffen

Wir FREIEN WÄHLER werden uns im Europaparlament dafür einsetzen, dass unter Achtung des Subsidiaritätsprinzips ein zeitgemäßes Datenschutzrecht auf höchstem Niveau für Europa geschaffen wird. Die derzeitige Reform des europäischen Datenschutzrechts darf dabei keine Aufweichung der für unsere gewohnt hohen deutschen Datenschutzstandards zur Folge haben und muss Grundlage für datenschutzrelevante internationale Abkommen mit Drittstaaten wie den USA werden.

Mit Blick auf die bekannt gewordenen Abhörskandale und das massenhafte Sammeln von Daten der Unionsbürger setzen wir uns für eine rasche Überprüfung und datenschutzfreundliche Reform internationaler Abkommen ein, die die Datenübermittlung aus der

EU in Drittstaaten vorsehen, wie insbesondere das TFTP- (Bankdatenaustausch), das Safe Harbor- (Übermittlung personenbezogener Daten durch Unternehmen in die USA), und PNR-Abkommen (Fluggastdatenaustausch). Wir werden uns für ein echtes transatlantisches Datenschutzabkommen einsetzen und wollen dies zur Voraussetzung für weitere Verhandlungen über andere europäisch-amerikanische Vorhaben, wie das Freihandelsabkommen, machen. Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, Spionage zwischen den EU-Mitgliedstaaten vertraglich zu verbieten und weiterhin ein ernsthaftes No-Spy-Abkommen mit den USA zu verfolgen.

Wir fordern eine ambitionierte europäische Strategie gegen internationale Wirtschafts-

Freie Fahrt für alle Bürger Europas

spionage, um unseren europäischen Wissensvorsprung vor dem Zugriff von Drittstaaten zu schützen. Dabei gilt es insbesondere neben der Großindustrie unsere hochinnovativen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland als sogenannte „hidden champions“ zu schützen.

Zudem fordern wir eine eigene europäische IT-Sicherheitsstrategie, die es uns ermöglicht, Europas Rückstand aufzuholen, uns aus der technologischen Abhängigkeit von den USA zu lösen und eine autonome europäische Datenverarbeitung zu gewährleisten. Wir benötigen europäische Datenknotenpunkte, die eine Datenübermittlung ohne Kontrolle durch die USA ermöglichen.

Wir FREIEN WÄHLER fordern die europaweite Abschaffung von PKW-Mautsystemen. Wegzölle sind in einem so eng zusammengewachsenen Europa nicht mehr zeitgemäß und behindern die Freizügigkeit der Bürger. So wie sich jeder Unionsbürger auf unseren Straßen gebührenfrei mit seinem PKW bewegen darf, müssen auch wir uneingeschränkt die Verkehrswege unserer europäischen Nachbarn nutzen dürfen.

Europaweit müssen die Wirtschaftsregionen besser vernetzt werden. Wir FREIEN WÄHLER sehen die Aufgabe der Europäischen Union im Verkehrsbereich darin, das Funktionieren des europäischen Binnenmarktes durch transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-V) zu gewährleisten. Europäische Verkehrspolitik

wollen wir im Sinne der Regionen und Kommunen ganzheitlich denken. Es gilt insbesondere zu verhindern, dass die ländlichen Regionen abgehängt werden. Europäische Strukturpolitik muss daher auch gewährleisten, dass die ländlichen Räume intelligent an die großen Magistralen angeschlossen werden. Anstelle der Bevorzugung eines Verkehrsträgers wollen wir europaweit dafür sorgen, dass Straße, Schiene, Luft und Wasser von der Politik gleichwertig behandelt und mit den nationalen Verkehrswegeplänen koordiniert werden. Wir wollen Lang-LKWs, sogenannte Gigaliner, auf deutschen Straßen verhindern, da Autobahnabfahrten, Brücken und Kreuzungen dafür nicht ausgerichtet sind.

In der Verkehrspolitik muss sich die Europäische Union auf das Wesentliche konzentrieren und auf übermäßige Regulierung verzichten. Wir werden uns Vorschlägen für eine Warnwestenpflicht für Radfahrer ebenso entgegenstellen wie einem europäischen Tempolimit für unsere deutschen Autobahnen. Auch unverhältnismäßige und mittelstandsfeindliche Fahrtenschreiberregelungen für Transportfahrzeuge werden wir nicht unterstützen.



Soziale Marktwirtschaft im Europäischen Binnenmarkt durchsetzen

Unser gemeinsamer Binnenmarkt ist das Herzstück der Europäischen Union. Wir stehen zu einem uneingeschränkten Personen-, Waren-, Dienstleistungs-, und Kapitalverkehr in ganz Europa. Der gemeinsame Markt ist eine Erfolgsgeschichte, die uns Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand ermöglicht. Freiheit verlangt aber auch Rücksichtnahme. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft vermag dabei am besten für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in ganz Europa zu sorgen. Deshalb setzen wir

uns in Europa dafür ein, wettbewerbsverzerrende Regulierungen zu vermeiden und Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität als oberste Leitlinien in der europäischen Wirtschaftspolitik zu gewährleisten. Wir FREIEN WÄHLER stehen zum Eigentum und zum eigenverantwortlichen generationenübergreifenden Handeln der Bürger und der Wirtschaft sowie für die menschlichen Standards der International Labour Organization (ILO).

Mittelstand in Europa stärken

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für eine Reduzierung der bürokratischen Auflagen und unnötiger Regulierung ein. Wir wollen dem deutschen Mittelstand eine starke Stimme in Europa geben. Hierzu zählt für uns vor allem die Sicherung deutscher Qualität: „Made in Germany“ als Bezeichnung für hochqualitative Produkte auf den Weltmärkten gilt es zu erhalten.

Die Erhaltung des mittelständisch geprägten Ernährungshandwerkes, wie das des Metzgers, Bäckers und Direktvermarkters, ist ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik der FREIEN WÄHLER.

Durch das EU-Hygienepaket werden kleine regionale Vermarkter wie Dorfmetzgereien

zu teilweise unverhältnismäßig hohen Investitionen gezwungen. Durch Wettbewerbsverzerrungen, die Großstrukturen begünstigen, mussten viele regionale Verarbeitungsstätten aufgeben. Wir FREIEN WÄHLER stehen deshalb für Hygienevorgaben, die auch die realen Produktionsbedingungen im Ernährungshandwerk im Blick haben.

Künftige EU-Förderprogramme müssen stärker als bisher innovative kleine und mittlere Unternehmen unterstützen. Die Rahmenbedingungen für Start-Up-Unternehmen und das Wachstum von Unternehmen in Deutschland liegen uns besonders am Herzen. Wir fordern ferner eine europäische Kultur- und Kreativwirtschaft-Strategie, die alle Branchen gleichermaßen erfasst und Finanzierungsinst-

Hände weg von unserem Meister!

rumente vorsieht, die die spezifische Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft mit einer oft geringen Kapitalausstattung berücksichtigt.

Wir FREIEN WÄHLER werden uns auch dafür einsetzen, dass Deutschlands strukturschwache Regionen weiterhin auf hohem Niveau durch EU-Fördermittel unterstützt werden. Insbesondere machen wir uns für eine Stärkung unserer östlichen Grenzregionen in Deutschland stark, die durch ein erhöhtes Fördergefälle zu den mittelosteuropäischen Nachbarländern strukturpolitisch ins Hintertreffen zu geraten drohen.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für den Erhalt unseres deutschen Meistertitels ein. Die Versuche der Europäischen Union, die Zahl der sogenannten "regulierten Berufe" zu senken und damit unseren deutschen Meistertitel zu gefährden, lehnen wir ab. Ein solcher Schritt würde zu drastischen Einschnitten in die Verbrauchersicherheit und in die Qualitätssicherung unserer Dienstleistungen und Produkte führen. Eine Abwertung des Meisterbriefs wäre aber auch für das regionale Handwerk und für die Prosperität in den Regionen fatal. Denn durch eine solche Liberalisierung würde die Zahl der ausbildenden Betriebe sinken. Gerade die duale Ausbildung aber ist ein wirksames Instrument, um Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern.

Für qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland

Im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit wollen wir die Chance nutzen, den demographischen Wandel in unserem Land abzufedern und durch hochqualifizierte Fachkräfte, die sozialen Sicherungssysteme auf eine nachhaltig solide Basis zu stellen. Die Reaktivierung von arbeitssuchenden hochqualifizierten Kräften in Deutschland darf hierdurch aber nicht behindert werden. Es ist dabei auch darauf zu achten, dass gerade auch neue EU-Länder nicht zu viele hochqualifizierte Arbeitskräfte verlieren, die sie für den Aufbau des eigenen Wohlstands benötigen.

Perspektiven für die Jugend in Europa schaffen

Kinder und Jugendliche sind die großen Verlierer der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa. Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit auf die Zukunftsperspektiven der jüngeren Generation sind dramatisch. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns daher für Programme und Maßnahmen ein, um die rasant steigenden Arbeitslosenzahlen bei Jugendlichen besonders in südeuropäischen Staaten zu bekämpfen. Zudem stehen wir hinter einer konsequenten Umsetzung der EU-Jugendstrategie und des Strukturierten Dialogs mit der Jugend sowie deren Unterstützung mit ausreichenden Ressourcen. Unser Handeln im Europaparlament wird sich darauf richten, die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in allen Politikbereichen der EU zu sichern.

Um die eigentlichen Ursachen für die gewaltige Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen, brauchen wir das System der Parallelwährungen, damit sich Krisenländer wieder wettbewerbsfähig machen und hierdurch Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Wir wollen auch die europäischen Austauschprogramme stärker fördern. Denn diese machen Europa für die Menschen der 28 Mitgliedstaaten erfahrbar. Die Programme zur Schulbildung (COMENIUS), Hochschulbildung (ERASMUS), Berufliche Bildung (LEONARDO DA VINCI) und Erwachsenenbildung (GRUNDTVIG) sind ein Erfolgsmodell der Europäischen Union.

Europäische Energiewende statt Atomausbau und -förderung

Wir FREIEN WÄHLER wollen unsere Energiewende europaweit voranbringen. Deutschland ist bei den Erneuerbaren Energien schon viel weiter als viele andere EU-Mitgliedstaaten. Dies muss zum Exportschlager werden. Die Potentiale für die Erneuerbaren Energien müssen europaweit ausgeschöpft werden, um unsere fossilen Rohstoffe zu schonen und Atomausbau überflüssig zu machen. Langfristig brauchen wir eine Harmonisierung unserer 28 unterschiedlichen staatlichen Energiepolitiken und mehr Wettbewerb, der nur auf europäischer Ebene zu erreichen ist. Wir wollen dabei dezentrale Kreisläufe, um die Macht der Energiemonopole zu begrenzen. Außerdem begrüßen wir ein stärkeres Engagement der

öffentlichen Hand im Energiebereich und bei den Verteilungsnetzen nach den negativen Erfahrungen der Privatisierung.

Energiegewinnung durch Kernkraft ist nicht mehr vertretbar und muss eingestellt werden. Wir FREIEN WÄHLER wollen deshalb den Euratom-Vertrag grundlegend überarbeiten. In seiner derzeitigen Ausgestaltung gilt die Kernenergie als „eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt“. Diese Auffassung ist unserer Meinung nach längst überholt. Wir FREIEN WÄHLER fordern aufgrund dessen eine Neujustierung, durch die insbesondere die Förderung in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro für Kernspaltung beendet wird. Stattdessen sollen

die frei werdenden Mittel in die Erforschung von Energiespeichertechnologien fließen. Deutsche Steuermittel dürfen nicht weiterhin zur Finanzierung der Kernenergie verwendet werden. Zudem müssen die Entscheidungsstrukturen der Atomgemeinschaft nach den vom Bundesverfassungsgericht geforderten und von der Europäischen Union erreichten Standards reformiert werden.

Für Klima- und Umweltschutz mit Wertschöpfung vor Ort

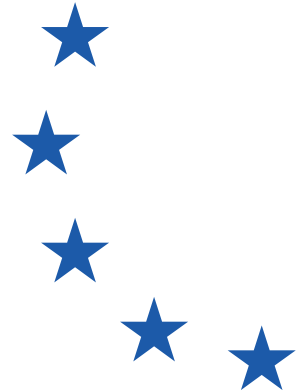
Wir FREIEN WÄHLER stehen für Klimaschutz und machen uns für einen sachorientierten und wirksamen Abschluss des „Post-Kyoto-Prozess“ in Form eines zukunftsweisenden wirksamen globalen Klimaschutz-Abkommens stark. In der Umwelt- und Klimapolitik brauchen wir eine starke Europäische Union, damit wir dieses globale Problem gemeinsam in Angriff nehmen können.

Eine Steigerung der Energieeffizienz ist mit Blick auf den Klima- und Umweltschutz von großer Bedeutung und kann darüber hinaus dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger bares Geld sparen. Wir treten aber dafür ein, dass Entscheidungen über Mindesteffizianzorderungen nicht hinter verschlossenen Türen, sondern offen und transparent getrof-

fen werden müssen. Über- und Doppelregulierungen sind zu vermeiden. Energieeinsparung muss auch stärker honoriert werden. Wir wollen deshalb das System des Emissionshandels grundsätzlich überarbeiten, indem wir das Überangebot an Emissionszertifikaten beseitigen, um den Zertifikatpreis wieder zu stabilisieren.

Unser Ziel muss es sein, die Energiekosten vor dem Hintergrund der Energiewende zu begrenzen, um Verbraucher, Kommunen und Unternehmen durch zu hohe Energiepreise nicht zu überfordern. Die EU-Mitgliedstaaten sollten gemäß dem Subsidiaritätsprinzip jedoch ausreichend Spielraum für die Ausgestaltung marktwirtschaftlicher Förderbedingungen eingeräumt werden.

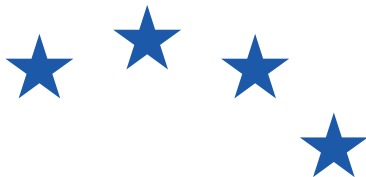
Auch im Umweltbereich muss die kommunale Verantwortung gewährleistet sein. Die deutschen Städte und Gemeinden führen zentrale Aufgaben im Umweltbereich auf hohem Niveau mit gutem Verbraucherschutz zu gleichzeitig sozialverträglichen Preisen in eigener Verantwortung durch. Daher setzen wir uns dafür ein, die kommunale Verantwortung zu sichern und zu stärken. Weiterer Liberalisierung sowie der Zwangsprivatisierung kommunaler Aufgaben, zum Beispiel bei der Müllentsorgung, werden wir entschieden entgegen treten.



Erweiterungspolitik in Europa mit Augenmaß

Wir stehen für eine ideologiefreie Debatte über die Erweiterung der EU. Grundsätzlich sollte allen europäischen Ländern eine Beitrittsperspektive gegeben werden, die sich um die Einhaltung der Prinzipien Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bemühen sowie entsprechende wirtschaftliche Kriterien erfüllen, um ihnen die Teilhabe am europäischen Friedenswerk nicht von vornherein zu verwehren.

Wie schon bei den mittelosteuropäischen Ländern nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, haben sich ehrliche Beitrittsperspektiven als Reformmotor für die Kandidatenländer bewährt. Allerdings muss dabei die weitere Aufnahmefähigkeit der Union Voraussetzung für künftige Beitritte sein, um ihre Konsolidierung nicht zu gefährden. Deshalb sind wir gegenwärtig für einen Stopp der Aufnahme weiterer Beitrittskandidaten.



Für mehr Verantwortung Europas in der Welt

Wir FREIEN WÄHLER lehnen die Gewährung von EU-Exporterstattungen zur Unterstützung von Agrarausfuhren in die ärmsten Länder der Welt ab. Damit werden die empfindlichen Märkte in diesen Ländern gestört, was zu einer Verschärfung des Hungers und der Armut führt.

Bei der Ausgestaltung von Handelsabkommen müssen die hohen Sozial- und Umwelt- und Verbraucherschutzstandards der Europäischen Union erhalten, bzw. zur Grundlage solcher Vereinbarungen gemacht werden. Eine ständig zunehmende Anzahl von bilateralen Handelsabkommen bietet den ärmsten Ländern der Welt sehr viel weniger Teilhabe als eine zielgerichtete Weiterentwicklung des WTO-Abkommens. Deshalb setzen

wir uns für eine führende Rolle der EU in diesem Bereich ein.

Durch gezielte Werbemaßnahmen und Produktentwicklung wollen wir die Land- und Ernährungswirtschaft bei der Erschließung und dem Ausbau neuer Märkte in den Schwellenländern unterstützen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den ärmsten Ländern muss intensiviert und auf europäischer Ebene koordiniert werden. Dabei wollen wir die Hilfe zur Selbsthilfe zur Maxime des Handelns machen. Nur durch gezielten Wissenstransfer und Unterstützung der bäuerlichen Familien vor Ort kann die Ernährungssituation weltweit nachhaltig verbessert werden. Dies muss eingebettet in einem aus-

gewogenen Gesamtkonzept der europäischen Außenpolitik erfolgen. Korruptionsbekämpfung, Gleichberechtigung, Organisation der Kleinbauern und der Zugang zu Grundeigentum und Kleinkrediten wollen wir in diesem Gesamtkonzept verankern und koordinieren.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für mehr Geschlossenheit Europas in der internationalen Politik und in internationalen Organisationen ein. Daher unterstützen wir die Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), um die 28 unterschiedlichen Außenpolitiken der EU-Mitgliedstaaten bestmöglich koordinieren zu können. Im Rahmen unserer angestrebten Reduzierung von EU-Kommissaren sollten alle Handlungsfelder mit außenpolitischen Implikationen in der Kommission, also insbeson-

dere die Erweiterungs-, Nachbarschafts-, und Entwicklungszusammenarbeitspolitik, unter das Dach des Hohen Beauftragten der Außen- und Sicherheitspolitik gestellt werden.

Wir FREIEN WÄHLER treten für eine Stärkung der EU-Nachbarschaftspolitik im Rahmen der Union für das Mittelmeer, der Östlichen Partnerschaft und der Schwarzmeersynergie ein. Hierdurch wollen wir die Achtung der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung der Demokratie und Marktwirtschaft an der Peripherie der Europäischen Union nachhaltig stärken und durch Anreizprogramme unterstützen.

Insbesondere gilt es in den kommenden Jahren, geschlossen und koordiniert als Europäi-

sche Union Bürgerkriege an unserer Peripherie zu verhindern und die Chancen zu nutzen, Nachbarländer der EU bei ihren inneren Reformen zu mehr Demokratie zu fördern.

Die Europäische Union hat sich zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts entwickelt. Unsere gemeinsame Sicherheit nach außen können wir national nicht mehr gewährleisten. Gemeinsame Außengrenzen innerhalb eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts erfordern viel mehr europäische Lösungen. Wir wollen die Verteidigungskapazitäten in Europa intelligent, d.h. durch Arbeits- und Aufgabenteilung voranbringen und das Konzept gemeinsamer europäischer Krisenreaktionskräfte (Battle Groups) ausbauen. Auch im Bereich der Abrüstungs-

politik und der Rüstungskontrolle wollen wir europäische Bemühungen verstärken.

Wir brauchen eine gemeinsame Friedens- und Sicherheitsstrategie, um geschlossen und koordiniert in der NATO als unser transatlantisches Sicherheitsbündnishandeln zu können. Wir wollen daher in Europa die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) durch Mehrheitsentscheidungen anstelle der bislang erforderlichen Einstimmigkeit und durch den gleichberechtigten Einbezug des Europaparlaments in die Entscheidungsfindung stärken und weiterentwickeln. Die Voraussetzung dafür und für weitere Kompetenzübertragung muss allerdings ein positiver deutschlandweiter Volksentscheid sein.

Kontakt

FREIE WÄHLER Bundesvereinigung
Mühlenstraße 1
27777 Ganderkesee

Verantwortlich:

Gabi Schmidt, MdL
Vorsitzende der Bundesprogrammkommission

Verabschiedet auf der Bundesmitgliederversammlung
der FREIE WÄHLER Bundesvereinigung am 29. März 2014

www.freiewaehler.eu